

LEITANTRAG ZUM SCHLESWIG-HOLSTEIN-TAG

Schleswig-Holstein: Bildungsland zwischen den Meeren

Antragsteller: Landesvorstand

1 Gute Bildung ist die zentrale Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir, die
2 Junge Union, wollen in Schleswig-Holstein die Weichen für eine exzellente und gerechte
3 Bildungspolitik stellen, die sowohl auf bewährten Strukturen aufbaut als auch neue,
4 innovative Wege geht, um den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden und
5 die persönliche Entwicklung jeder und jedes Einzelnen zu ermöglichen.

6 Dieser Leitantrag legt seinen Fokus auf eine umfassende Reform unseres Bildungswesens, die
7 von der frühkindlichen Bildung bis zur universitären Ausbildung reichen soll. Unser Ziel ist es,
8 die Qualität und Verlässlichkeit der Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein zu steigern und
9 dabei den besonderen Bedürfnissen unserer vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden.
10 Insbesondere in der frühkindlichen Bildung sehen wir großen Handlungsbedarf: Die
11 bevorstehende Reform der Kindertagesstätten (Kita) soll nicht nur die finanziellen Lücken
12 schließen, sondern auch die Flexibilität und Qualität in den Betreuungseinrichtungen
13 nachhaltig verbessern. Die Einführung von sogenannten „Perspektiv-Kitas“ stellt hierbei einen
14 wesentlichen Baustein dar, um Chancengerechtigkeit von Anfang an zu fördern.

15 Die Stärkung der Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen ist essenziell, um die
16 Grundlage für den weiteren Bildungserfolg zu legen. Zudem wollen wir Leistung und Exzellenz
17 wieder stärker in den Mittelpunkt rücken und damit den Grundstein für ein selbstbewusstes
18 und leistungsfähiges Schleswig-Holstein legen.

19 In der Lehramtsausbildung müssen wir neue Wege gehen. Mit einer klaren Ausrichtung auf
20 praxisnahe Ausbildung und berufliche Integration setzen wir uns dafür ein, dass junge
21 Menschen bereits während ihrer Ausbildung fundierte Praxiserfahrungen sammeln und damit
22 besser auf die Herausforderungen des Berufslebens vorbereitet werden. Das geplante duale
23 Studium für Lehrkräfte ist ein entscheidender Schritt, um dem Lehrkräftemangel im Land
24 entgegenzuwirken und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung sowie die Praxisorientierung
25 zu erhöhen.

26 Dieser Leitantrag bündelt unsere Forderungen und Vorstellungen für ein zukunftsfähiges
27 Bildungssystem in Schleswig-Holstein, das alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
28 bestmöglich fördert und ihnen die Chance auf eine erfolgreiche und erfüllte Bildungsbiografie
29 ermöglicht. Gemeinsam wollen wir dafür Sorge tragen, dass Schleswig-Holstein für
30 hervorragende Bildung steht und Vorreiter für zukunftssträchtige Innovationen wird.

31 **Eine echte Reform für beste Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein**

32 Immer mehr ungewollte Schließungen von Kindertagesstätten, auch aufgrund des
33 grassierenden Fachkräftemangels, sowie der starre Betreuungsschlüssel erfordern eine große
34 Kita-Reform. Wir setzen uns proaktiv dafür ein, denn nur so können wir die Qualität und die

35 Verlässlichkeit der Kinderbetreuung verbessern. Im Vordergrund steht dabei für uns auch, die
36 Finanzierungslücke zu schließen.

37 Wir erkennen einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf im Kita-Bereich in Höhe von 120
38 Millionen Euro. Diese Mittel sollen nicht nur vom Land bereitgestellt werden. Auch die
39 Kommunen müssen zur Finanzierung beitragen. Wir wollen das Modell eines starren
40 Betreuungsschlüssels hinter uns lassen und zu einem flexiblen Anstellungsschlüssel
41 übergehen, wie er beispielsweise im Freistaat Bayern seit Langem erfolgreich praktiziert wird.

42 Bei auftretenden Personalengpässen fehlt es den Kindertagesstätten oft an der nötigen
43 Flexibilität, um angemessen darauf zu reagieren. Dies führt dazu, dass Gruppen immer wieder
44 geschlossen werden müssen, um den gesetzlich definierten Standards für die
45 Personalausstattung zu entsprechen. Die Leidtragenden sind die Familien, die sich nicht auf
46 die vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten verlassen können. Wir setzen uns deshalb für
47 eine Flexibilisierung des Personalschlüssels ein, die übergangsweise und in besonderen
48 Situationen die frühkindliche Bildung auch dann weiterhin ermöglicht, wenn Betreuungskräfte
49 ausfallen. Hierbei werden Maßnahmen ergriffen, um Fachpersonal zu gewinnen, damit die
50 Personalengpässe gelöst werden und eine möglichst hohe Qualität der Kinderbetreuung
51 sichergestellt wird.

52 Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Stützpfeiler der Kindererziehung und bietet eine
53 wichtige Ergänzung zur herkömmlichen Krippenbetreuung. Durch einen Zugang zur Kita-
54 Datenbank kann sie auch einen Schritt in Richtung Digitalisierung und Entbürokratisierung
55 gehen.

56 Eine Erhöhung der Elternbeiträge muss grundsätzlich immer ultima ratio sein. Um die
57 Finanzierungslücke zu schließen, wären aktuell jedoch eigentlich Beitragserhöhungen um 50
58 bis 70 Prozent notwendig. Land und Kommunen allein schaffen es nicht, diese
59 Finanzierungslücke zu schließen. Folglich wäre im Sinne einer fairen Verteilung der finanziellen
60 Lasten zwischen dem Land, den kommunalen Trägern und den Familien eine 10-prozentige
61 Erhöhung der Beiträge im Rahmen der Inflationsanpassung möglich und angemessen.

62 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 63 • eine bessere personelle Aufstellung und mehr Flexibilisierung für eingruppige Kitas, die
64 Stärkung der wichtigen Kindertagespflege, unter anderem durch eine Aufnahme in die
65 Kita-Datenbank,
- 66 • den Einsatz des neuen flexiblen Anstellungsschlüssels für das Personal in den
67 Einrichtungen,
- 68 • die Schließung der durch die Evaluation aufgedeckten Finanzierungslücke von 120
69 Millionen Euro durch einen Schulterchluss von Land, Kommunen sowie einer
70 moderaten Beitragserhöhung um 10 %.

71 Chancengerechtigkeit beginnt bereits in der Kita, also im Krippen- und im Elementarbereich.
72 Diese Einrichtungen dienen als Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsstätten für die jüngsten
73 Mitglieder unserer Gesellschaft. Nach der primären Sozialisation in der Familie ist die Kita in
74 der Regel der erste soziale Kontaktpunkt außerhalb des familiären Umfelds. Hier werden
75 entscheidende Grundlagen für die weitere Entwicklung der Kinder gelegt. In der frühen

76 Kindheit erleben die Kinder verschiedenste Verhaltensweisen und Lebensstile, weshalb ihre
77 Sozialisation in der Kita von enormer Bedeutung ist.

78 Wir wollen die Chancen der Kinder daher schon in dieser Zeit kontinuierlich verbessern.
79 Gerade im Sprachbereich ist es wichtig, dass Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf
80 besonders gefördert werden. Aus diesem Grund unterstützen wir die Abkehr vom Prinzip der
81 Gießkannen-Förderung und das neue Programm der Landesregierung „Perspektiv-Kitas“. Das
82 Konzept der „Perspektiv-Kitas“ zielt darauf ab, besonders Kinder aus Familien mit geringem
83 Bildungsstand, Migrationserfahrung oder psychosozialen Belastungen zu unterstützen, ähnlich
84 wie es bei den Perspektiv-Schulen bereits der Fall ist. Dadurch werden Familien und Kinder in
85 entsprechenden Sozialräumen gezielt gefördert.

86 Der Erwerb der deutschen Sprache muss so früh wie möglich gefördert werden, insbesondere
87 durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren. Für Kinder, bei denen
88 keine ausreichenden Deutschkenntnisse festgestellt werden, muss mindestens das letzte Kita-
89 Jahr verpflichtend sein. Ist auch nach diesem Pflichtjahr das zur Einschulung nötige
90 Sprachniveau nicht erreicht, ist die Einschulung um ein Jahr zu verschieben, um in diesem Jahr
91 weitere vorschulische Maßnahmen verpflichtend durchzuführen. Diese Verpflichtung ist der
92 richtige Weg, um die Bildungschancen der betroffenen Kinder erheblich zu verbessern.

93 Auch bei Kindern, deren Muttersprache Deutsch ist, ist ein erheblicher Rückgang sprachlicher
94 Kompetenzen zu beobachten. Eine Maßnahme, die dieser Entwicklung erwiesenermaßen
95 gegensteuern kann, ist das Vorlesen. Dieses regelmäßig in den Alltag jeder Kita-Gruppe zu
96 integrieren, ist ein wünschenswertes Ziel. Da Erzieherinnen und Erzieher im Kita-Alltag
97 ohnehin einer großen Belastung ausgesetzt sind, sollte das Vorlesen durch externe Personen
98 im Rahmen eines Lesepatzen-Programms erfolgen. Zielgruppen dieses Programms könnten
99 insbesondere Schulklassen, Lehramtsstudierende und Senioren sein. Die Teilnahme am
100 Lesepatzen-Programm soll für jede Kita verpflichtend sein.

101 Eine enge Zusammenarbeit zwischen „Perspektiv-Kita“ und „Perspektiv-Schule“ ist
102 unerlässlich, vor allem in sozial belasteten Umfeldern mit einer erhöhten Armutsquote und
103 entsprechend großem Unterstützungsbedarf. „Perspektiv-Kitas“ erhalten dafür künftig eine an
104 die Größe der Kita angepasste zusätzliche Koordinierungsstelle. Die Kooperation mit der
105 entsprechenden Schule sowie die sprachliche Bildung sind verpflichtend.

106 Das Hamburger Modell „Entwicklungsfokus Viereinhalb“ in den „Perspektiv-Kitas“ ist ein
107 spezifisches Förderprogramm, das auf frühkindliche Bildung abzielt. Es wurde entwickelt, um
108 Kinder aus sozial benachteiligten Familien gezielt zu unterstützen und ihnen bessere
109 Startchancen im Lernumfeld zu ermöglichen. Das Modell verknüpft Bildungs- und
110 Betreuungsangebote mit intensiver Elternarbeit und sozialpädagogischer Begleitung.

111 Um den Personalengpässen entgegenzuwirken, muss auch die Ausbildung unserer
112 Erzieherinnen und Erzieher sowie der sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten
113 attraktiver werden. Eine Möglichkeit dafür sehen wir in der Ausweitung der sogenannten PiA
114 (praxisintegrierten Ausbildung) in ganz Schleswig-Holstein. Diese ist mit einer verkürzten
115 Ausbildungszeit und einem Ausbildungsgehalt eine attraktive Alternative zur klassischen
116 Erzieher-Ausbildung und damit vor allem interessant für Quereinsteigerinnen und

117 Quereinsteiger sowie Umsteigerinnen und Umsteiger. Zudem können die Auszubildenden, die
118 den praktischen Teil wöchentlich in der Kita absolvieren, eine Unterstützung für die dortigen
119 Fachkräfte darstellen und eine sofortige Verbesserung der Betreuungssituation bewirken.

120 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 121 • im Falle unzureichender Deutschkenntnisse eine Besuchspflicht des letzten Kita-Jahres,
- 122 • bei Nichterreichung des zur Einschulung nötigen Sprachniveaus die Verschiebung der
- 123 Einschulung um ein Jahr zur Durchführung weiterer vorschulischer Maßnahmen,
- 124 • den Aufbau eines landesweiten Lesepatren-Programms, an dem alle Kitas verpflichtend
- 125 teilnehmen müssen,
- 126 • die Ausweitung der PiA (praxisintegrierten Ausbildung) für Erzieherinnen und Erzieher
- 127 sowie sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten in Schleswig-Holstein,
- 128 • die Ergänzung des Programms „Perspektiv-Kitas“ um das Hamburger Modell
- 129 „Entwicklungsfokus Viereinhalb“,
- 130 • eine enge Zusammenarbeit zwischen „Perspektiv-Kitas“ und „Perspektiv-Schulen“,
- 131 • einen einheitlichen und transparent abgestimmten Bewerbungsprozess zwischen dem
- 132 Ministerium und den Kindertagesstätten,
- 133 • Koordinierungsstellen in den „Perspektiv-Kitas“,
- 134 • eine obligatorische vorschulische Förderung an den „Perspektiv-Kitas“.

135 **Basiskompetenzen in den Grundschulen stärken**

136 Die jüngsten Studien im Bildungsbereich (IGLU und PISA) haben gezeigt, wie schlecht es um
137 das Bildungsniveau unserer Grundschülerinnen und Grundschüler steht, insbesondere in den
138 grundlegenden Kompetenzen. Wir fordern daher eine umfassende Stärkung der
139 Grundschulausbildung, um allen Kindern die besten Startbedingungen zu ermöglichen.

140 Die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen sind das Fundament jeder
141 Bildungskarriere und der erfolgreichen Bewältigung des Alltags. Wir begrüßen daher die
142 Anstrengungen der Landesregierung, diese Kernkompetenzen in den Grundschulen mit einer
143 zusätzlichen Wochenstunde in den Fächern Deutsch und Mathematik zu stärken. Dazu
144 gehören allerdings auch gezielte Förderprogramme, kleinere Klassen und zusätzliche
145 Ressourcen für den Unterricht. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Kinder diese
146 essenziellen Fähigkeiten sicher beherrschen und gut vorbereitet in die weiterführende Schule
147 starten.

148 Um den akuten Lehrkräftemangel an Grundschulen zu mildern, fordern wir, dass der Wechsel
149 von befristet beschäftigten Lehrkräften an die Grundschulen erleichtert wird. Durch flexiblere
150 Übergangsregelungen und die Anerkennung vorhandener Qualifikationen können Lehrkräfte
151 ihre Fähigkeiten in den Grundschulen einbringen und so zur Stabilisierung des
152 Unterrichtsangebotes beitragen. Hierbei sind für den Übertritt ins Grundschullehramt
153 verpflichtend schulartspezifische Qualifikationen durch Qualifikationskurse nachzuweisen.

154 Wir setzen uns konsequent für die „Schulhofsprache Deutsch“ ein. Kinder und Jugendliche mit
155 einer anderen Erstsprache als Deutsch lernen die Sprache am besten in der direkten
156 Anwendung. Gelingende Kommunikation erzeugt Verständnis füreinander, so unterschiedlich
157 Biografien auch sein mögen. Unser Ziel ist nicht, die „Schulhofsprache Deutsch“ gesetzlich zu

158 regeln und vorzuschreiben. Ziel muss eine Selbstverpflichtung der gesamten
159 Schulgemeinschaft sein, zum Beispiel im Leitbild der Schule. Kein Schulkind darf aufgrund
160 seiner Erstsprache Diskriminierung in der Schule erfahren. Deswegen setzen wir uns
161 gleichzeitig für die Thematisierung und Würdigung der unterschiedlichen Erstsprachen im
162 Unterrichtsgeschehen ein. Neben der Vermittlung der Methoden des sprachsensiblen
163 Fachunterrichts an alle Lehrkräfte sollte insbesondere das Fach DaZ gestärkt werden. Hierzu
164 fordern wir, ähnlich wie in Niedersachsen, auch in Schleswig-Holstein einen
165 Masterstudiengang DaZ zu schaffen und so gezielt Lehrkräfte für den DaZ-Unterricht
166 auszubilden. Auch im Referendariat sollte DaZ als eigenes Fach ermöglicht werden.

167 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 168 • die Erleichterung des Wechsels für befristet beschäftigte Lehrkräfte an anderen
169 Schulformen unter der Voraussetzung, dass schulartspezifische Qualifikationen durch
170 Qualifikationskurse nachzuweisen sind,
- 171 • obligatorischen Förderunterricht für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler,
- 172 • Deutsch als Schulhofsprache mit Rücksicht auf anerkannte Minderheitensprachen,
- 173 • verpflichtende Präventionskurse ab der 1. Klasse, die bis in die 4. Klasse jährlich
174 fortgeführt werden,
- 175 • die Schaffung eines Masterstudiengangs DaZ sowie die Einführung eines eigenen
176 Faches DaZ im Referendariat,
- 177 • mehr schulische Assistenzkräfte.

178 **Das Leistungsprinzip im Mittelpunkt**

179 Das Fordern von Schülerinnen und Schülern ist ebenso wichtig wie deren Förderung. Durch
180 Reformen vormaliger politischer Entscheidungsträger ist dieses Prinzip leider in den
181 Hintergrund geraten. Dabei ist das Fordern entscheidend für die Persönlichkeit sowie die
182 akademische und berufliche Laufbahn von jungen Menschen, die so ihre individuellen Talente
183 und Fähigkeiten entdecken, in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden und eine besondere
184 Vorbereitung auf ihren weiteren Lebensweg erfahren.

185 Wir als Junge Union Schleswig-Holstein setzen uns daher für den dauerhaften Erhalt des
186 Gymnasiums ein. Dieses ist der Ort, an dem Schülerinnen und Schüler gezielt auf das Abitur
187 und eine spätere akademische Ausbildung vorbereitet werden.

188 In der Gemeinschaftsschule sollen Schülerinnen und Schüler hingegen auf alle
189 Bildungsabschlüsse, insbesondere aber auf die duale Ausbildung, vorbereitet werden. Auf eine
190 qualitativ hochwertige Berufsorientierung einschließlich einer individuellen Potenzialanalyse
191 ab der siebten Klasse ist besonderer Wert zu legen. Außerdem ist es wichtig, dass alle
192 Schülerinnen und Schüler an den Prüfungen des ESA und MSA teilnehmen, sofern dies für das
193 Erreichen eines Schulabschlusses notwendig ist.

194 Das Prinzip von „Fördern“ und „Fordern“ ist an Schulen sinnvoll, die alle Schülerinnen und
195 Schüler fördern und differenziert entsprechend ihren schriftlichen sowie mündlichen
196 Lernkompetenzen fördern. Dies erfordert an den Gemeinschaftsschulen ab der siebten Klasse
197 eine Teilung der Lerngruppen in erhöhte und grundlegende Niveaus. Zudem braucht es
198 verpflichtende Lernstandserhebungen und Lernverlaufsdagnostiken, aus denen

199 Schlussfolgerungen für die individuelle Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler
200 gezogen und konkrete Handlungsstrategien entwickelt werden können.

201 Weiter unterstützen wir die angemessene Integration des Leistungsprinzips in unsere
202 Grundschulen, insbesondere dass Grundschülerinnen und Grundschüler ab der dritten Klasse
203 Notenzeugnisse erhalten. So bekommen sie nicht nur eine konkrete, messbare und
204 vergleichbare Rückmeldung über ihre Leistung; auch ihr Leistungswille und ihre
205 Lernbereitschaft werden aktiviert. Das reale Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler
206 muss sich auch zukünftig in Form von Schulübergangsempfehlungen gegen Ende der
207 Grundschulzeit und der Möglichkeit des Sitzenbleibens widerspiegeln.

208 Durch die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und damit der Hauptschulempfehlung
209 ist es allen Erziehungsberechtigten grundsätzlich möglich, ihr Kind nach der vierten Klasse an
210 einem Gymnasium anzumelden. Dies hat zur Folge, dass viele Kinder die gymnasiale Laufbahn
211 einschlagen, obwohl sie den damit verbundenen Anforderungen nicht gewachsen sind. In der
212 Konsequenz stehen sie oft unter hohem psychischen Druck und ziehen die Aufmerksamkeit
213 der Lehrkräfte in einem Maße auf sich, das dem Lernerfolg der übrigen Klasse schadet. Die
214 Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher den erneuten Aufbau einer Hürde für die
215 Anmeldung an einem Gymnasium. Diese könnte in der Einführung von Leistungstests liegen,
216 welche jeweils einmal im zweiten Halbjahr der dritten und im ersten Halbjahr der vierten
217 Klasse durchgeführt werden. Diese Leistungstests sollen von einem Kompetenzteam aus
218 Grundschul- und Gymnasiallehrkräften sowie Bildungsforscherinnen und -forschern entwickelt
219 werden und separat die Fähigkeiten in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen abprüfen.
220 Gelten mindestens 50 % der Tests als nicht bestanden, ist die Anmeldung an einem
221 Gymnasium zu verwehren.

222 Der politische Vorstoß, die Bundesjugendspiele in einen bewegungsorientierten anstatt eines
223 leistungsorientierten Wettbewerb umzuwandeln, ist grundlegend falsch. Der sportliche
224 Wettkampf fördert wesentliche Fähigkeiten wie die eigene Leistungsbereitschaft, Teamgeist
225 sowie den Umgang mit Siegen und Niederlagen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die
226 Bundesjugendspiele auch zukünftig ein leistungsorientierter Wettbewerb bleiben.

227 Gute Leistungen müssen zudem auch belohnt werden. Wir fordern daher die Kommunen auf,
228 Anreizsysteme zu schaffen und somit gute Noten zu belohnen. Eine Idee wäre, Schülerinnen
229 und Schülern für die Note 1 im Endjahreszeugnis jeweils einen Tag kostenlosen Eintritt in den
230 Sommerferien in den Schwimmbädern in Schleswig-Holstein zu gewähren. Das ist eine
231 greifbare und attraktive Belohnung, die Schülerinnen und Schüler motiviert, weiterhin ihr
232 Bestes zu geben. Junge Menschen, die für ihre schulischen Leistungen belohnt werden,
233 können durch diese einkommensunabhängige Möglichkeit der Freizeitgestaltung
234 unabhängiger und selbstständiger werden. Ebenfalls kann die Belohnung einen Anreiz für
235 andere Schülerinnen und Schüler schaffen, sich ebenfalls anzustrengen.

236 Wenngleich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) erneut am Exzellenzcluster
237 gescheitert ist, muss sie mithilfe einer Exzellenzstrategie weiterhin gefördert werden.
238 Während andere Parteien, Jugendorganisationen und Studentengruppen die Förderung der
239 Exzellenzforschung ablehnen, stellen wir uns auch weiterhin klar dahinter, denn gerade die
240 Stärkung von Exzellenzclustern und die Zusammenarbeit mit Akteuren der Wirtschaft kommen
241 den Studentinnen und Studenten unmittelbar zugute. Sie sind auch für die internationale
242 Wettbewerbsfähigkeit der CAU eine essenzielle Komponente.

243 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 244 • den dauerhaften Erhalt des Gymnasiums und Schularten mit eigenständigen Profilen,
- 245 • Gemeinschaftsschülerinnen und Gemeinschaftsschüler an den Prüfungen des
- 246 Mittleren Schulabschlusses teilnehmen zu lassen und die verpflichtende Teilnahme am
- 247 Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss bei kritischer Prognose durch die
- 248 Lehrerschaft,
- 249 • die Teilung von Lerngruppen an Gemeinschaftsschulen in grundlegende und erhöhte
- 250 Niveaus ab der 7. Klasse,
- 251 • verpflichtende Lernstandserhebungen, um eine individuelle Förderung zu
- 252 ermöglichen,
- 253 • die differenzierte Förderung der mündlichen sowie schriftlichen Lernkompetenzen,
- 254 • die Einführung von Leistungstests, welche jeweils einmal im zweiten Halbjahr der
- 255 dritten und im ersten Halbjahr der vierten Klasse durchgeführt werden und separat die
- 256 Fähigkeiten in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen abprüfen; gelten
- 257 mindestens 50 % der Tests als nicht bestanden, ist die Anmeldung an einem
- 258 Gymnasium zu verwehren,
- 259 • die Bundesjugendspiele als einen vorrangig leistungsorientierten anstatt eines
- 260 bewegungsorientierten Wettbewerb beizubehalten,
- 261 • die Kommunen aufzufordern, Anreizsysteme zu schaffen, um die Note 1 zu belohnen,
- 262 zum Beispiel durch kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder in Schleswig-Holstein für
- 263 Schülerinnen und Schüler mit einer 1 im Endjahreszeugnis,
- 264 • den langfristigen Bestand der Exzellenzstrategie,
- 265 • dass die Leistungen der Abschlussprüfungen, insbesondere das Abitur, bundesweit
- 266 vergleichbar sein sollen – auch im Hinblick auf die Bewertung.

267 **Unsere Schulen personell stärken**

268 Der Fachkräftemangel hat längst auch unsere Schulen erreicht. Es ist daher dringend
269 erforderlich, nachhaltige Lösungen zu finden, die sowohl den Schulen als auch den
270 Vertretungslehrkräften gerecht werden und ihnen klare Perspektiven bieten. Es ist nicht
271 sinnvoll, erfahrene Lehrkräfte nach fünf Jahren im Einsatz zu entlassen und durch weniger
272 erfahrene Personen zu ersetzen. Wir setzen uns deshalb für eine verpflichtende
273 Basisqualifikation von Vertretungslehrkräften ein, die idealerweise vom ersten Arbeitstag an
274 beginnt und durch ein Mentoring-System flankiert wird. Ebenfalls soll es Schulleitungen
275 zukünftig möglich sein, Vertretungslehrkräfte nach zwei Jahren für eine berufsbegleitende
276 Weiterqualifikation zur Lehrkraft anzumelden, sollten sie nicht ohnehin zu diesem Zeitpunkt
277 ein Lehramtsstudium ergriffen haben oder sich in der Wartezeit für ihr Referendariat befinden.
278 Vertretungslehrkräfte müssen an diesen Qualifikationen teilnehmen, auch wenn dies
279 möglicherweise mit einer Stundenreduzierung und damit verbundenen Einnahmeneinbußen
280 einhergeht.

281 Sportlehrerinnen und Sportlehrer sollten aufgrund der vergleichsweise geringeren Vor- und
282 Nachbereitungszeit und der fehlenden Korrektur von Klausuren verpflichtet werden, mehr

283 Unterrichtsstunden zu übernehmen, ohne dass dies zu einer Erhöhung ihres Verdienstes führt.
284 Sportprofilkurse sind hierbei entsprechend zu berücksichtigen. Diese Maßnahme würde eine
285 gerechtere Verteilung der Arbeitslast unter den Lehrkräften sicherstellen und dem
286 tatsächlichen Arbeitsaufwand besser entsprechen. Ebenfalls halten wir die Einführung von
287 Verwaltungsassistenzen punktuell für sinnvoll, um sowohl für die Schulleitung als auch für
288 Lehrkräfte den organisatorischen Aufwand zu erleichtern und ihnen so mehr zeitliche
289 Kapazitäten für den eigentlichen Unterricht zu schaffen.

290 Der bürokratische Aufwand in Schulen ist auf ein Minimum zu reduzieren, um Lehrkräften
291 mehr Freiraum für den Unterricht zu geben.

292 Gerade im Bereich der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen besteht ein erheblicher
293 Personalbedarf, der gedeckt werden muss. Die Reaktivierung pensionierter Lehrkräfte, sowohl
294 zum Einsatz im Offenen Ganztage als auch im regulären Lehrbetrieb, stellt eine praktische und
295 zweckmäßige Entlastung dar. Zur Attraktivitätssteigerung ist dabei die Anpassung
296 beziehungsweise Aussetzung der Zuverdienstgrenze bei der Pension zu berücksichtigen. Auch
297 sollte es für Lehramtsstudierende attraktiv gestaltet werden, nebenbei im Ganztage zu
298 unterstützen. Ebenso sollen Kooperationen zwischen Schulen und dem Ehrenamt, wie
299 beispielsweise Kultur- und Sportvereinen sowie Jugendfeuerwehren, noch stärker fokussiert
300 und unterstützt werden, denn sie sind das Bindeglied von Schulen in die Gesellschaft und
301 regen Schülerinnen und Schüler an, neue Interessen und das örtliche Ehrenamt für sich zu
302 entdecken.

303 Diese Forderungen zielen darauf ab, eine faire und angemessene Vergütung sowie eine
304 gerechte Verteilung der Arbeitslast innerhalb des Bildungssystems zu gewährleisten. Es ist von
305 großer Bedeutung, dass die Anstrengungen und Verantwortlichkeiten aller pädagogischen
306 Fachkräfte entsprechend ihres tatsächlichen Arbeitsaufwandes anerkannt und honoriert
307 werden.

308 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 309 • eine Basisqualifikation und ein unterstützendes Mentoring-System für
310 Vertretungslehrkräfte,
- 311 • die Pflicht für Vertretungslehrkräfte mit entsprechender Basisqualifikation, nach zwei
312 Jahren im Schuldienst eine berufsbegleitende Weiterqualifikation zur Lehrkraft
313 aufzunehmen,
- 314 • dass Sportlehrerinnen und Sportlehrer für den gleichen Verdienst mehr unterrichten
315 müssen – eine Ausnahme bilden Profilkurse,
- 316 • die punktuelle Einführung von Verwaltungsassistenzen im Schulbetrieb und die
317 Verringerung des bürokratischen Aufwands für Lehrkräfte im Allgemeinen,
- 318 • die Stärkung von Kooperationen mit dem örtlichen Ehrenamt und der
319 Vereinslandschaft sowie die Reaktivierung pensionierter Lehrkräfte zur Deckung des
320 Personalbedarfs im Bereich der Ganztagsbetreuung und im Schulbetrieb.

321 Ein duales Lehramtsstudium für Schleswig-Holstein

322 Die Attraktivität des Berufsbildes muss bereits im Rahmen der Ausbildung gestärkt werden,
323 um noch mehr Menschen von einer Tätigkeit als Lehrkraft in Schleswig-Holstein zu begeistern.
324 Thüringen geht dazu einen neuen Weg bei der Lehrkräftegewinnung und schafft einen dualen
325 Studiengang für das Regelschullehramt. Der neue Studiengang kann ab dem Wintersemester
326 2024/25 an der Universität Erfurt studiert werden. 50 Studienplätze stehen im ersten Jahr zur
327 Verfügung. Studentinnen und Studenten erhalten vom Freistaat Thüringen einen
328 Studienvertrag mit einer monatlichen Vergütung und binden sich für die Zeit des Studiums
329 sowie fünf weitere Jahre (inklusive Vorbereitungsdienst) an den Freistaat. Ein duales Studium
330 nach diesem Modell bietet viele Vorteile für seine Absolventinnen und Absolventen und das
331 schulische Angebot im Land: Zum einen haben die Studentinnen und Studenten so die Chance,
332 schon innerhalb des Studiums mehr Praxiserfahrungen zu sammeln. Zum anderen erhalten sie
333 während des Studiums ein attraktives Gehalt, was bei vielen jungen Menschen eine große
334 Rolle in der Entscheidung spielt, ob sie überhaupt ein Studium beginnen wollen.

335 Ein solcher, das rein universitäre Studium ergänzender dualer Studiengang mit einem
336 Kontingent von 100 dualen Studienplätzen wäre auch für Schleswig-Holstein eine große
337 Chance. Wir können den Lehrkräftemangel so auf einer weiteren Ebene bekämpfen. Ebenfalls
338 verringert sich die Wahrscheinlichkeit, dass Studentinnen und Studenten nach dem Studium
339 ihren Vorbereitungsdienst in einem anderen Bundesland absolvieren, denn sie können so für
340 einen mittelfristigen Zeitraum fest an den Standort Schleswig-Holstein gebunden werden. Für
341 das Sonderschullehramt gibt es bereits ein duales Studium, deshalb empfiehlt sich die
342 ergänzende Einführung für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen, wobei in
343 Abschlussklassen nicht eigenverantwortlich unterrichtet werden darf. Bevorzugt angeboten
344 werden sollen diese Plätze für Personen, die sich für ein sogenanntes Mangelfach wie zum
345 Beispiel Mathematik entscheiden.

346 Als zusätzliche Möglichkeit, dem Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken, müssen neue
347 Zielgruppen für den Lehrkräfteberuf gewonnen werden, indem der Quereinstieg in den
348 Lehrerberuf erleichtert wird. So muss es Absolventinnen und Absolventen nicht
349 lehramtsbezogener Studiengänge, die bereits an Schulen unterrichten, noch besser ermöglicht
350 werden, sich berufsbegleitend zu qualifizieren. Darüber hinaus muss die Möglichkeit
351 geschaffen werden, dass Bachelorabsolventinnen und -absolventen aus einem nicht
352 lehramtsbezogenen Studiengang in einen lehramtsbezogenen Masterstudiengang wechseln
353 können (sogenannter Q-Master). Die hohe Qualität der Lehrkräfteausbildung muss hierbei
354 stets gewahrt bleiben.

355 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 356 • einen dualen Studiengang für das Grundschul- und Gemeinschaftsschullehramt an der
357 Europa-Universität Flensburg, bevorzugt für sogenannte Mangelfächer, bei
358 gleichzeitiger Verpflichtung der Studentinnen und Studenten, anschließend

- 359 mindestens weitere fünf Jahre an einer öffentlichen Schule in Schleswig-Holstein zu
360 unterrichten,
- 361 • die Verschlankung und Beschleunigung disziplinar- und beamtenrechtlicher Verfahren
362 bei individuellem Fehlverhalten.

363 **Digitaler Fortschritt – aber sicher!**

364 ChatGPT, Bard und Co. haben in den letzten Jahren Einzug in den Alltag vieler Schülerinnen
365 und Schüler gehalten. Diese Programme bieten eine Vielzahl an Möglichkeiten, beispielsweise
366 bei der Anfertigung von Hausaufgaben oder der Vorbereitung auf Klausuren. Das Schulsystem
367 muss sich den rasanten Entwicklungen und der zunehmenden Relevanz von Künstlicher
368 Intelligenz (KI) anpassen, um die Chancen bestmöglich zu nutzen und gleichzeitig potenzielle
369 Risiken zu minimieren. KI bietet unbestreitbar viele Vorteile, doch auch die Gefahren dürfen
370 nicht übersehen werden.

371 Eines der größten Risiken sind die Falschinformationen, die aus der Verwendung resultieren
372 können. Obgleich es im Einzelfall nur falsche Textinformationen, bearbeitete Bilder, die nicht
373 gekennzeichnet sind, oder Fake-Videos sein mögen: Häufig mangelt es an der Erkennbarkeit,
374 was fatale Folgen nach sich ziehen kann. Wir fordern daher eine landesseitige Kampagne, die
375 darüber aufklärt, wie man Desinformationen erkennt und welche Maßnahmen dagegen
376 getroffen werden können.

377 Ebenfalls nimmt Cybermobbing, auch im schulischen Kontext, weiter zu. Hier besteht
378 dringender schulseitiger Handlungsbedarf, um das Wohl der Schülerinnen und Schüler zu
379 garantieren. Auch mit dieser Thematik muss sich die Kampagne beschäftigen und Aufklärung,
380 gerade auch unter Lehrkräften, schaffen.

381 Um Fälle von Mobbing und Desinformation schnellstmöglich aufklären zu können, soll zudem
382 eine Anlaufstelle des Landes eingerichtet werden, bei der solche Fälle unbürokratisch und
383 anonym gemeldet werden können. Ziel ist auch eine höhere Praktikabilität in der
384 Auseinandersetzung um die Sperrung solcher Inhalte durch die verantwortlichen Betreiber
385 von sozialen Netzwerken.

386 Neben der Bekämpfung von Risiken muss das Bildungssystem die Chancen von KI aktiv nutzen.
387 Die bisherigen Ansätze, Lehrkräfte mit Leitfäden zu versorgen, greifen zu kurz. In Zeiten sich
388 ständig wandelnder Technologien sind praxisnahe Schulungen notwendig, damit Lehrkräfte
389 den Umgang mit KI souverän vermitteln können. Solche Schulungen sollen sicherstellen, dass
390 Lehrkräfte die notwendigen Kompetenzen entwickeln, um KI-gestützte Tools im Unterricht
391 verantwortungsvoll einzusetzen.

392 Damit die Potenziale von KI richtig genutzt werden, bedarf es einer strukturellen Integration
393 in den Schulalltag. Schülerinnen und Schüler sollten nicht nur wissen, wie KI funktioniert,
394 sondern auch, wie sie diese Technologie für den Lernerfolg effektiv und sicher einsetzen
395 können.

396 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 397 • eine Kampagne an Schulen, die über Desinformationen, Mobbing und Sicherheit bei
398 der Verwendung von KI und sozialen Netzwerken aufklärt, wobei sich die Kampagne
399 insbesondere auch mit den Vor- und Nachteilen von KI auseinandersetzen soll,
- 400 • eine ministerielle Anlaufstelle, bei der vorgenannte Fälle unbürokratisch und anonym
401 gemeldet werden können,
- 402 • gezielte Schulungen für Lehrkräfte, in denen diese auf den Umgang mit KI vorbereitet
403 werden und vermittelt bekommen, wie KI sinnvoll in den Schulalltag integriert werden
404 kann,
- 405 • die Verbannung von digitalen Endgeräten aus der Eingangsstufe der Grundschule sowie
406 das verpflichtende analoge Lesen und Schreiben über die gesamte Grundschulzeit,
- 407 • die Aufnahme des Themas „Produktiver Einsatz von generativer KI“ in den Schulalltag.

408 **Meister statt Mangel!**

409 Gut qualifizierte Fachkräfte sind der Garant für Wachstum und Wohlstand. Der beruflichen
410 Bildung und insbesondere der dualen Ausbildung kommt eine tragende Rolle bei der Sicherung
411 des Fachkräftenachwuchses zu. Das deutsche System der dualen Berufsausbildung ist weltweit
412 einzigartig und nimmt international eine Vorreiterrolle ein. Dennoch steht es vor großen
413 Herausforderungen. So gibt es in Deutschland rund 250.000 unbesetzte Ausbildungsstellen bei
414 zunehmender Jugendarbeitslosigkeit, ein Drittel der Studentinnen und Studenten bricht sein
415 Studium ohne Abschluss ab und hochqualifizierte Kräfte wandern ins Ausland ab. Wir setzen
416 uns deshalb dafür ein, das duale Ausbildungssystem zu reformieren, um die Attraktivität einer
417 Berufsausbildung wieder zu erhöhen und stärker in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken.

418 Ein Baustein hierfür ist, die Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium in der Gesellschaft
419 und im individuellen Bewusstsein deutlicher zu betonen. Das bedeutet auch, dass die Schulen
420 verstärkt zur Berufsorientierung beitragen müssen. So bedarf es einer Informationskampagne
421 an den Schulen, die die Vorteile einer Lehre oder Ausbildung im Vergleich zum Studium
422 aufzeigt. Dies sollte in Kooperation mit der Agentur für Arbeit, dem
423 Berufsinformationszentrum (BIZ), den Kammern und Berufsverbänden geschehen. Weiter
424 können verpflichtende Kooperationen von Gemeinschaftsschulen und naheliegenden
425 Berufsschulen helfen, die durch gezielte Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Austausch
426 Synergien nutzen.

427 Zur Berufsorientierung ist das erfolgreiche Absolvieren berufsorientierender Praktika während
428 der Schulzeit unabdingbar. Die Entscheidung für das richtige Praktikum und später für den
429 passenden Arbeitgeber fällt jedoch vielen Schülerinnen und Schülern aufgrund des
430 unübersichtlichen Arbeitsmarktes zunehmend schwerer. Hierfür können schulische
431 Unterstützungs- und Netzwerkkonzepte eine echte Erleichterung bei der
432 Entscheidungsfindung bieten. Gleichzeitig werden hierdurch gezielte Recruiting-Maßnahmen
433 auch kleinerer Unternehmen vor Ort ermöglicht. Auch ein „Tag des offenen Betriebs“ oder

434 Schulspeed-Datings an Schulen kann Unternehmen eine Möglichkeit bieten, sich vorzustellen
435 und Schülerinnen und Schülern eine bessere Orientierung ermöglichen.

436 Zudem muss die Berufsorientierung an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen die
437 verschiedenen Möglichkeiten einbeziehen, ohne sich auf eine akademische Laufbahn zu
438 verengen. Denn die Entscheidung, auf ein Gymnasium zu gehen, schließt die Möglichkeit,
439 anschließend einen Ausbildungsberuf zu erlernen und auszuüben, keinesfalls aus.

440 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 441 • die Bewerbung der verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb der
- 442 Berufsorientierung an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen,
- 443 • verpflichtende Kooperationen von allgemeinbildenden Schulen mit naheliegenden
- 444 Berufsbildungszentren und Berufsschulen, um Synergieeffekte zu erzeugen,
- 445 • die Ausweitung des verpflichtenden Wirtschaftspraktikums auf zwei Wochen,
- 446 • die Etablierung schulischer Unterstützungs- und Netzwerkkonzepte für die Bewerbung
- 447 auf Praktikums- und Ausbildungsplätze,
- 448 • einen „Tag des offenen Betriebs“ sowie Schul-Speed-Datings, die Arbeitgeber und
- 449 angehende Auszubildende zusammenbringen,
- 450 • die stärkere Betonung der Gleichwertigkeit von Berufsausbildung und Studium,
- 451 • eine Informationskampagne, die gezielt die Vorteile einer Lehre oder Ausbildung
- 452 gegenüber dem Studium aufzeigt.

453 **Gute Bildung – unabhängig von Einkommen und Vermögen**

454 Eine gute Bildung schulischer wie beruflicher Art ist das zentrale Aufstiegs- und
455 Wohlstandsversprechen in unserer Gesellschaft. Daher müssen alle jungen Menschen ihre
456 Potenziale unabhängig von ihrem Vermögen und Einkommen entfalten und voll ausschöpfen
457 können.

458 Insbesondere den Studentinnen und Studenten machen die immer weiter steigenden Preise
459 schwer zu schaffen. So muss mehr als jeder Zweite zur Studienfinanzierung einer
460 Nebentätigkeit nachgehen. Wir fordern deshalb eine grundlegende Reform des BAföG. Es
461 braucht dringend eine Steigerung sowie eine dynamische Anpassung der BAföG-Sätze, um die
462 finanziellen Belastungen der Studentinnen und Studenten unabhängig vom Einkommen der
463 Eltern abzufangen. Daneben ist der Wohnortzuschlag ein probates Mittel, den regionalen
464 Unterschieden bei den Wohnkosten Rechnung zu tragen. Um fleißige Studentinnen und
465 Studenten zu belohnen, muss die Hinzuverdienstgrenze beim BAföG erhöht werden.

466 Daneben müssen alternative Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums durch niedrigere
467 Zinsen attraktiver gemacht werden – auch um zu verhindern, dass Zinssätze zum Existenzrisiko
468 werden.

469 Neben Studentinnen und Studenten haben auch berufliche Schülerinnen und Schüler häufig
470 mit geringen finanziellen Mitteln durch ihre niedrige Ausbildungsvergütung zu kämpfen. Wir
471 fordern daher ein gesondertes Förderprogramm, nach dem Vorbild von Wohnraum für
472 Studierende, um Auszubildende finanziell zu entlasten und günstigeren Wohnraum zu
473 schaffen, sowie ein landesweites Azubi-Ticket. Auch eine Verlängerung der
474 Familienversicherung für Auszubildende schafft eine finanzielle Entlastung und sorgt
475 gleichzeitig dafür, Studium und Ausbildung gleichwertiger zu gestalten.

476 Zudem darf die Ausbildung im Bereich der Qualifikationsstufen 6 und 7 – insbesondere auch
477 die Fachwirt- und Meisterausbildung – nicht teurer sein als ein Studium. Wir fordern daher die
478 Kostenfreiheit für die Fachwirt- sowie die Meisterausbildung. Im Bereich der beruflichen
479 Bildung sollen Leistung und Engagement ebenfalls besondere Anerkennung erfahren. Wir
480 fordern daher ein Stipendiensystem für herausragende Auszubildende, ähnlich den Stipendien
481 der Begabtenförderungswerke durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie
482 das Bundeswirtschaftsministerium.

483 Damit Studentinnen, Studenten und Auszubildende mehr Geld für ihre Bildung zur Verfügung
484 haben, sollen sie vom Rundfunkbeitrag befreit werden.

485 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 486 • die Einrichtung eines nationalen Bildungsfonds als neues Finanzierungselement,
- 487 • eine Steigerung sowie dynamische Anpassung der BAföG-Sätze,
- 488 • einen Wohnortzuschlag, um regionalen Unterschieden bei Wohnkosten Rechnung zu
489 tragen,
- 490 • die Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze beim BAföG,
- 491 • bessere Zinskonditionen für Studienkredite,
- 492 • ein Förderprogramm für günstigen Wohnraum zugunsten von Auszubildenden,
- 493 • ein landesweites kostenäquivalentes Azubi-Ticket analog zum Semesterticket,
- 494 • die Verlängerung der Familienversicherung für Auszubildende,
- 495 • die Kostenfreiheit und verstärkte finanzielle Förderung der Meister- und
496 Fachwirtausbildung,
- 497 • ein Stipendiensystem für herausragende Leistungen während der Ausbildung,
- 498 • die Befreiung vom Rundfunkbeitrag für Studentinnen, Studenten und Auszubildende.

499 **Politische Bildung rechtzeitig in den Unterricht einbauen**

500 Heutzutage gelangen politische Themen und Personen bereits viel früher in den Alltag junger
501 Menschen. So werden unter anderem durch soziale Medien wie TikTok und Instagram schon
502 in frühen Jahren politische Inhalte an Kinder und Jugendliche herangetragen. Aber auch durch
503 den immer stärker vertretenen und sehr begrüßenswerten Wunsch, Kinder und Jugendliche
504 vor allem auf kommunaler Ebene stärker in das politische Geschehen einzubeziehen, gibt es
505 zunehmend Angebote politischer Beteiligung für die Jüngeren in unserer Gesellschaft. Oft
506 kommt es jedoch vor, dass diese beschriebenen Situationen die ersten Kontaktpunkte junger

507 Menschen mit Politik sind. Dies kann dazu führen, dass sie gar nicht richtig verstehen, was sie
508 gerade sehen oder hören. Dadurch sind sie anfälliger für Hass und Hetze, was es Parteien an
509 den politischen Rändern leichter macht, Jugendliche für extreme Standpunkte zu gewinnen.
510 Dieses Problem kann umgangen werden, wenn auch unser Bildungssystem auf diesen Trend
511 reagiert und politische Themen bereits viel früher in das Unterrichtsgeschehen integriert.

512 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 513 • verpflichtenden Unterricht in Form eines eigenen Unterrichtsfaches im Bereich Politik
514 und Wirtschaft an schleswig-holsteinischen Schulen ab Beginn der 8. Klasse,
- 515 • Aufklärung sämtlicher Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein über das
516 Wahlsystem und die verschiedenen politischen Parteien vor ihrer ersten Wahl.

517 **Kein Platz für Antisemitismus in unseren Schulen!**

518 Antisemitismus und Hass gegenüber Israel dürfen an den Schulen in Schleswig-Holstein keinen
519 Raum finden. Es ist unsere Verantwortung, sicherzustellen, dass jüdische Schülerinnen und
520 Schüler ohne Angst und Diskriminierung aufwachsen und lernen können. Gerade in Fällen, in
521 denen Schülerinnen und Schüler durch ihr familiäres Umfeld oder ihre Sozialisation mit
522 Vorurteilen gegenüber Israel oder Jüdinnen und Juden konfrontiert werden, sind die
523 Bildungseinrichtungen besonders gefragt.

524 Lehrkräfte müssen in der Lage sein, auf antisemitische Äußerungen und Verhaltensweisen
525 entschieden zu reagieren und Aufklärung zu leisten. Eine umfangreiche Wissensvermittlung,
526 insbesondere in Bezug auf die historische Bedeutung des Antisemitismus in Deutschland, ist
527 ein zentrales Instrument, um der Verbreitung solcher Vorurteile entgegenzuwirken. Der
528 Holocaust und seine Nachwirkungen dürfen nicht als bloßes historisches Ereignis betrachtet
529 werden, sondern müssen als Mahnung verstanden werden, um sicherzustellen, dass
530 Antisemitismus in unserer Gesellschaft niemals wieder einen Nährboden findet.

531 Angesichts des wachsenden Antisemitismus und der oft einseitigen und verzerrten
532 Darstellungen des Nahost-Konflikts ist es von großer Bedeutung, dass dieses Thema
533 differenziert und sachlich im Unterricht behandelt wird. Eine fundierte Auseinandersetzung
534 mit den politischen, historischen und kulturellen Zusammenhängen im Nahen Osten kann
535 Vorurteilen und Hass entgegenwirken. Der Nahost-Konflikt ist komplex, und nur durch
536 sachliche und ausgewogene Bildung können Schülerinnen und Schüler ein umfassendes
537 Verständnis gewinnen, das über stereotype Darstellungen hinausgeht.

538 Es ist nicht ausreichend, Antisemitismus nur theoretisch zu behandeln. Lehrkräfte müssen
539 gezielt darin geschult werden, antisemitische Vorfälle zu erkennen und professionell zu
540 reagieren. Daher fordern wir Schulungen für Lehrkräfte, um sie im Umgang mit Antisemitismus
541 zu stärken. Nur so können sie souverän und fundiert einschreiten, wenn Schülerinnen und
542 Schüler antisemitische Parolen verwenden oder Vorurteile äußern.

543 Darüber hinaus sind Kooperationen der Schulen mit jüdischen Gemeinden ein wertvolles
544 Mittel, um Schülerinnen und Schülern wie auch Lehrkräften authentische Einblicke in das
545 heutige jüdische Leben in Deutschland zu bieten. Solche Partnerschaften können langfristig
546 das Verständnis und die Akzeptanz jüdischer Kultur und Geschichte fördern. Wir setzen uns
547 daher dafür ein, dass mehr solcher Kooperationen entstehen.

548 In den nächsten Jahren wird es zunehmend schwieriger, Zeitzeugen des Holocaust zu finden,
549 die persönlich berichten können. Daher fordern wir, Zeitzeugengespräche zu nutzen, solange
550 sie noch möglich sind. Die persönlichen Geschichten von Überlebenden haben eine
551 unvergleichliche Wirkung und hinterlassen bei jungen Menschen bleibende Eindrücke. Diese
552 Gespräche sollten ein zentraler Bestandteil schulischer Antisemitismusprojekte sein.

553 Es darf keine Toleranz für Antisemitismus an Schulen geben. Deshalb müssen Schulen in Fällen
554 antisemitischer Äußerungen oder Handlungen konsequent durchgreifen. Klare Abmahnungen
555 und gegebenenfalls auch Schulverweise sind erforderlich, um ein Zeichen zu setzen, dass
556 Antisemitismus nicht geduldet wird. Es reicht nicht, Vorfälle lediglich zu dokumentieren – es
557 müssen spürbare Konsequenzen folgen.

558 Darüber hinaus müssen rechtswidrige Rufe und Symbole, die Antisemitismus und
559 Holocaustleugnung fördern, konsequent an die Ermittlungsbehörden gemeldet werden. Dies
560 schafft klare rechtliche Konsequenzen und verdeutlicht, dass Antisemitismus nicht nur ein
561 moralisches, sondern auch ein rechtliches Problem darstellt. In diesen Fällen dürfen Schulen
562 keine Kompromisse eingehen, sondern müssen mit der Strafverfolgung zusammenarbeiten,
563 um das Gesetz durchzusetzen.

564 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 565 • die verpflichtende Behandlung des Nahost-Konflikts im Schulunterricht,
- 566 • die verstärkte Durchführung von Projekten zum 9. November 1938 und zum 27. Januar
567 1945 in den Schulen,
- 568 • gezielte Schulungen für Lehrkräfte, um sie im Umgang mit Antisemitismus
569 handlungsfähig zu machen,
- 570 • Kooperationen mit jüdischen Gemeinden, um ein besseres Verständnis für das heutige
571 jüdische Leben zu fördern und Stereotype abzubauen,
- 572 • verstärkt Zeitzeugengespräche zu organisieren,
- 573 • konsequente Maßnahmen bei antisemitischen Vorfällen an Schulen, einschließlich
574 klarer Abmahnungen und Schulverweisen,
- 575 • die unverzügliche Meldung rechtswidriger antisemitischer Rufe und Symbole an die
576 Ermittlungsbehörden,
- 577 • den Lehrplan und die Kompetenzvermittlung im Unterricht verstärkt darauf
578 auszurichten, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich ein differenziertes
579 Meinungsbild zu schaffen und sich vor Falschinformationen zu schützen.

580 **Klares Bekenntnis zu unserer Bundeswehr – auch im Bildungsbereich!**

581 Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr leisten einen unschätzbar wertvollen Dienst für
582 unser Land und unsere Gesellschaft. Sie setzen sich selbst großen Entbehrungen aus und
583 kämpfen für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Auch in Zeiten globaler Pandemien und
584 zerstörerischer Naturkatastrophen ist die Bundeswehr als fundamentaler Teil unserer
585 Gesellschaft unabdingbar. Die Aufgabe der Gesellschaft muss es daher sein, die Solidarität mit
586 unserer Bundeswehr öffentlich noch stärker zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehört auch eine
587 größtmögliche Unterstützung unserer Streitkräfte an den zivilen Universitäten. Einigen
588 Soldatinnen und Soldaten wird es in bestimmten Studiengängen wie Human- und Zahnmedizin
589 sowie Pharmazie ermöglicht, ihr Studium an zivilen Universitäten zu absolvieren. Tragen
590 Bundeswehr-Studierende dort ihre Uniform, kommt es jedoch nicht selten zu verbalen
591 Anfeindungen und Beleidigungen von Seiten ideologisch agierender Akteure, zumeist aus dem
592 linken politischen Spektrum. Diese sprechen von einer „Militarisierung von Universitäten“ und
593 von „Mördern in Uniform“, deren Auftreten an Hochschulen verhindert werden müsse. Dieser
594 zunehmend antimilitaristischen Strömung an Universitäten treten wir entschlossen entgegen.
595 Vielmehr setzen wir uns für die Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit zwischen
596 Universitäten und der Bundeswehr ein. Darüber hinaus sprechen wir uns vehement gegen
597 jede Form von Zivilklauseln und für eine Stärkung der militärischen Forschung aus.

598 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 599 • ein klares Bekenntnis der Studierendenparlamente sowie der Hochschulleitungen zur
600 Bundeswehr und ihren Soldatinnen und Soldaten, die an zivilen Universitäten
601 studieren,
- 602 • die Stärkung der öffentlichen Präsenz unserer Bundeswehr im Rahmen universitärer
603 Lehrveranstaltungen, im allgemein- und berufsbildenden Schulunterricht sowie auf
604 Berufsmessen,
- 605 • die Stärkung zivil-militärischer Forschung, wie sie beispielsweise zwischen dem Institut
606 für Sicherheitspolitik der CAU und der Deutschen Marine im Rahmen des jährlich
607 stattfindenden „Kiel International Seapower Symposium“ praktiziert wird,
- 608 • die Beibehaltung der Fachanforderung, sich im WiPo/PGW-Unterricht mit neuen
609 Kriegen zu befassen,
- 610 • die Abschaffung von Zivilklauseln an Universitäten, die diese verpflichten,
611 ausschließlich zu zivilen Zwecken zu forschen.

